

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag des Ostalbkreises

Haushaltsrede 2013

Vorgetragen durch

**Josef Mischko
Fraktionsvorsitzender**

27. November 2012

Es gilt das gesprochene Wort!



Ostalb

**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Gäste,**

ein Sprichwort sagt: „Undank ist der Welten Lohn“.

Wir alle wissen, eine Senkung der Kreisumlage auf jetzt 34 Punkte ist als ein Entgegenkommen des Kreises gegenüber unseren Städten und Gemeinden, die teilweise eine hohe Verschuldung abzutragen haben, zu sehen. Hoffentlich danken sie dies dem Kreis.

Man könnte allerdings auch sagen, dass wenn jetzt die Steuerkraftsumme der Kommunen so hoch ist wie noch nie, hätten die Gemeinden auch eine geringere Senkung der Kreisumlage oder gar eine Beibehaltung des alten Satzes verkraften können. Angesichts der Schuldentilgung des Kreises von nur 1 Mio. € im Jahr 2013, hätte sich schon mancher Kreisrat gerade in diesem Punkt einen höheren Betrag gewünscht. Denn es ist doch so: Man wirft der öffentlichen Hand immer vor, dass sie in schlechten Zeiten verständlicherweise neue Schulden macht, es dann aber in guten Zeiten nicht schafft, diese Schulden wieder zurückzuzahlen. Man verschiebt Probleme in die Zukunft. So entstehen dann Verschuldungs- und Vertrauenskrisen. Die jetzige EURO-Krise spiegelt genau dieses Problem wider. Allerdings sehen wir ein, dass man in der kommunalen Familie Rücksicht nehmen muss und tragen deshalb die geplante Höhe der Kreisumlage mit.

Unbestritten ist: Der Ostalbkreis steht auf vielen Feldern gut da. Obwohl sich in einzelnen Wirtschaftsbereichen eine konjunkturelle Delle abzeichnet.

Der Fachkräftemangel in den pflegerischen Berufen ist jetzt schon massiv spürbar. Vieles wird überlagert von der guten Lage in der Industrie. Soweit Kreditbedarf besteht, können die Banken im Ostalbkreis mit unserer sehr gut aufgestellten Kreissparkasse an der Spitze problemlos Kapital bereitstellen. Die aktuelle gesellschaftliche Herausforderung aber ist derzeit die Meisterung der Finanzkrise in Europa sowie der demographische Wandel.

Der Haushalt des Kreises ist mit dem beantragten Kreisumlagesatz auf Kante genäht. Die öffentlichen Schulden für kommende Generationen sind beachtlich. Das belastet die Haushalte aller Ebenen. Trotzdem blicken wir einigermaßen optimistisch in die Zukunft.

Der vorgelegte Entwurf des Kreishaushaltsplans 2013 umfasst ein Volumen von knapp 572 Mio. €. Wichtigstes Merkmal ist, dass die Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum 3. Mal stark angestiegen ist, nämlich von 313 Mio. € im Jahr 2012 auf nunmehr 366 Mio. €. Auf die **Freud** einer höheren Steuerkraft folgt das **Leid** einer niedrigeren Schlüsselzuweisung und zu einer höheren FAG-Umlage. Betrag die Schlüsselzuweisung 2012 noch 30,7 Mio. €, reduziert sich diese im Jahr 2013 um nahezu 4 Mio. € auf 26,8 Mio. €. Überdeckt wird dies durch die Steigerungen an anderen Stellen. Tatsächlich steigt die Kreisumlage trotz reduziertem Hebesatz auf sagenhafte 124.646.667 €. Das sind 13 Mio. € zusätzlich! Ein Rekordergebnis! Es bleibt trotzdem ein enges Finanzkorsett. Das Investitionsvolumen in 2013 beträgt 14.525.075 Mio. €. Eine Steigerung um ca. 18% zum letzten Jahr. Die Investitionen von heute, sind die Ersparnisse für die Zukunft.

Zu den wichtigen Investitionen gehört die konsequente energetische Sanierung der kreiseigenen Gebäude. Das spart nachhaltig Betriebskosten.

Die energetische Sanierung des Verwaltungsgebäudes Haußmannstraße 29 in Schwäbisch Gmünd geht in die Schlussphase. Bei den Sanitäreinrichtungen muss noch etwas geschehen. Die Sanierung der Tiefgaragenrampe des Verwaltungsgebäudes in Aalen ist ebenfalls ein Muss. Sicherheit und Substanzerhalt zwingen uns, dies jetzt anzupacken.

Bei den Schulden liegt unser Landkreis inzwischen knapp unter dem Landesdurchschnitt. Als damals die EnBW-Aktien verkauft und dabei 546 Mio. DM Erlöst wurden, hatten wir den **hehren Plan**, den Landkreis völlig zu entschulden. Dieses Ziel dürfen wir nicht aufgeben. Den Satz „Schulden und Gottes Wort sind ewig“ machen wir uns nicht zu Eigen.

Deshalb beantragt die SPD-Fraktion, der Kreistag möge einen Grundsatzbeschluss fassen, dass in den kommenden Jahren mit Überschüssen aus der Jahresrechnung zunächst die Kreditermächtigungen reduziert und darüber hinausgehende Beträge nicht bei den Rücklagen geparkt, sondern umgehend zur Schuldentilgung verwendet werden.

Bildung schafft Zukunft! Die SPD-Kreistagsfraktion möchte ein attraktives und zukunftsfestes Bildungsangebot im Kreises, um die Folgen des demographischen Wandel aktiv zu begegnen.

Halten wir fest:

1. Unser Schulwesen steht vor massiven Herausforderungen. Das Zusammenlegen von Schulen ist nur der Anfang von weitreichenden Veränderungen in der Schullandschaft.

2. Die Verbindung der Bildungsaufgaben zwischen Land, Kreis und Kommunen muss kurz- bis mittelfristig besser werden.

Eine Fortschreibung des status quo wird unnötig viel Geld kosten. Es bedarf eines Konzeptes des Landes mit den Schulträgern, den Kommunen, welches kreisweit koordiniert werden muss. Gewollt oder nicht, der demographische Wandel entscheidet. Immer mehr Schulen werden zusammengelegt.

Ob das in jedem Einzelfall eine gute Entscheidung sein wird, mag bezweifelt werden. In jedem Fall darf eine solche Entscheidung die Familien finanziell nicht höher belasten.

Die SPD Kreistagsfraktion steht zur Schulsozialarbeit. Diese ist rundweg gut und dringend notwendig. Sollten weitere Anträge seitens der Schulen gemacht werden, werden wir diese unterstützen. Dies gilt auch für Gymnasien, denn wer meint, hier herrsche eine heile Welt, verdrängt die Realität.

Schulsozialarbeit kann Probleme auffangen und rechtzeitig lösen, bevor das Kind sprichwörtlich „in den Brunnen“ gefallen ist. Gelingt dies, profitieren alle Beteiligten davon. Das einzelne Kind gewinnt für seinen persönlichen Lebensweg und der Landkreis kann am Ende eine positive Bilanz ziehen.

Ein Schulentwicklungskonzept für die beruflichen Schulen ist dabei der richtige Weg. Das haben beide Bildungskonferenzen festgestellt. Wir meinen, dieses Konzept muss der Kreis allerdings mit dem Schulentwicklungskonzept der Kommunen verzahnen.

Daher beantragt die SPD, dass das Schulentwicklungskonzept mit den Kommunen gemeinsam entwickelt wird.

Sinkende Schülerzahlen und Berufsschulklassen, die mangels Schüler wegfallen, zwingen uns zum Handeln. Teure Fehlinvestitionen, wie die bei den Bäckern und Metzgern im Berufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd, müssen in Zukunft vermieden werden. Wir - die SPD-Kreistagsfraktion - stehen zu den geplanten Ausgaben für alle kreiseigenen Schulen in Höhe von knapp 16 Mio. €.

Die SPD- Kreistagsfraktion stellt den Antrag genauestens zu prüfen, welche Berufsschulklassen im Bestand gefährdet sind. Daraus folgend müssen Vorschläge erarbeitet werden, ob dieses zu verhindern ist und inwiefern eine Verwendung von frei werdenden Räumen möglich ist.

Immerhin steigen die Sachkostenbeiträge des Landes gegenüber dem Vorjahr um über 1 Mio. €, obwohl die Schülerzahlen zurückgehen.

Das ist doch bemerkenswert, denn der Kreishaushalt wird dadurch um netto 0,7 Mio. € entlastet.

Herr Landrat, Sie stellen in Ihrer Haushaltsrede fest, dass der Kreis es leisten muss, den Übergang von Schule und Beruf zu organisieren. Das kann nur gelingen, wenn diesem Ziel, **welches wir ausdrücklich unterstreichen**, ein gut ausgearbeitetes Konzept zugrunde liegt und nichts dem Zufall überlassen bleibt.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, dass die Verwaltung bis Frühjahr 2013 ein schlüssiges Konzept vorlegt, welches für alle jungen Menschen im Ostalbkreis einen Weg aufzeigt, einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder sich für eine zusätzliche Qualifikation weiterzubilden.

Der Ostalbkreis muss Flagge zeigen! Geschlossen, Partei übergreifend! Der Ostalbkreis bekennt sich, seinen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten. Dieser Grundsatz alleine reicht aber nicht aus.

Deshalb unser Antrag:

Der Landkreis und die Kommunen entwickeln einen Plan, welcher sicherstellt:

- 1. Die Flüchtlinge werden menschenwürdig untergebracht.
Sammelunterkünfte sind zu vermeiden.**
- 2. Vorrang hat eine dezentrale, kreisweite Unterbringung.**
- 3. Die Bevölkerung vor Ort ist über die Situation umfassend zu informieren und rechtzeitig vorzubereiten.**
- 4. Hierfür werden flankierende soziale Maßnahmen ergriffen.**

Das sind wir den Flüchtlingen und unseren Bürgern schuldig.

Das Thema Mobilität – und zwar verkehrsübergreifend – wird in den kommenden Jahren eine weitere Herausforderung für den Landkreis werden. Dabei ist der ÖPNV für unseren Flächenlandkreis eines der wichtigsten Transportmittel, um den Kreis in seiner Gänze attraktiv zu halten. Was die finanzielle Seite angeht, müssen

Verbraucher und Kreis aus der unglücklichen Preisspirale heraus und dies möglichst ohne Qualitätsverlust. Alle Busunternehmen müssen Hand in Hand arbeiten. Wer sich weigert, muss aus dem System ausscheiden. Für uns SPD-Kreisräte und -rätinnen ist der ÖPNV auch ein soziales Netzwerk. Deshalb muss ein Fahrplan einfach zu verstehen sein und die Netzkarte muss bezahlbar bleiben. Die SPD-Fraktion erwartet, dass durch den derzeit in Arbeit befindlichen Nahverkehrsplan das angepeilte Einsparvolumen von 2 Mio. € beim ÖPNV erreicht werden kann.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Verwaltung möge ein Mobilitätskonzept für den Landkreis erarbeiten, das neben dem klassischen ÖPNV mit dem Bus in der Fläche auch Platz für innovative Systeme wie Bürgerautos (z. B. Seniorentaxi, Car-Sharing Angebote, auch an Bahnhöfen, E-Mobilität.....) hat und eine optimale Verknüpfung von Verkehrsangeboten abbildet.

Bei den erneuerbaren Energien müssen wir die Potentiale – vor allem die der Windkraft – ausschöpfen, um auch bei uns einen Beitrag zur Wertschöpfung in diesem Bereich zu leisten.

Der Ausbau der Windenergienutzung hat durch den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie erheblich an Bedeutung gewonnen.

Das gilt für Deutschland insgesamt und - Grün/Rot sei Dank - endlich auch für Baden-Württemberg. Der Bereich der Schwäbischen Alb in Ostwürttemberg gilt als ein interessanter Standort für Windkraft, denn die Windhöufigkeit lässt bei uns eine gute Windernte erwarten, wie die bisherigen Untersuchungen zeigen. Mit der Windkraft vor Ort leisten wir nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz und zum Gelingen der Energiewende, sondern auch zur Versorgungssicherheit vor Ort. So können Impulse für die heimische Wirtschaft gegeben werden. Wir werden zur Erzeugerregion für erneuerbare Energien. Doch die Energiewende vor Ort kann und darf nicht ohne Zustimmung und Partizipation der Bürger gelingen, nicht ohne eine gesellschaftliche Debatte. Eine frühe Einbindung möglichst vieler Menschen in einen offenen Austauschprozess, auch über die Konsequenzen der Energiewende, ist notwendig. Dies ist eine große Chance zur Belebung unserer demokratischen Kultur.

Diese Form der Bürgerbeteiligung sollte begleitet werden durch eine finanzielle Partizipation möglichst vieler Bürger an den Windrädern. Damit bleibt die Wertschöpfung zum großen Teil in unserer Region.

Wir gehen davon aus, dass die Forst-BW die Bürgerbeteiligung vor Ort bei der Vergabe der Flächen gebührend berücksichtigt. Die Projekte sollten jeweils von lokal ansässigen Unternehmern entwickelt werden. Wenn unsere Region Strom produziert und so einen Beitrag zur Energiewende leistet, ist es nur fair, dass damit nicht noch höhere Strompreise einhergehen.

Die flächendeckende Breitbandversorgung im ländlichen Raum ist ein existenzielles Thema. Die Anbindung an eine schnelle und leistungsfähige Breitbandversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Kommunen. Es ist die Voraussetzung für die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die Nutzung der Telemedizin, aber auch für die Wohnortwahl junger Familien, die soziale Netzwerke und Internetangebote nutzen wollen. Für Schule, Ausbildung und Beruf ist das Internet heute eine Grundvoraussetzung. Der Kreis muss sicherstellen, dass der ländliche Raum nicht von dieser Entwicklung abgehängt wird, und, dass die für Unternehmen nicht rentablen Gebiete vom Kreis und von den Kommunen erschlossen werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, ein Konzept zur flächendeckenden Breitbandversorgung zu erstellen.

Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zur Mittelfristigen Finanzplanung für das Straßen- und Radwegenetz in unserem Kreis. Die Erhaltung und der Ausbau unseres rund 480 km langen Kreisstraßennetzes ist auch zukünftig eine der wichtigsten Aufgaben des Kreises.

Bei den vom Land jahrelang vernachlässigten Landesstraßen wurden die Sanierungsmittel unter Grün/Rot von 50 auf 100 Mio. € verdoppelt.

Der Ansatz für den Neubau wurde von Grün/Rot um 10 Mio. € erhöht und die Mittel für die Radwege in einem extra Titel auf 5.Mio.€ festgesetzt. Das hat den Vorteil, dass Radwegebau jetzt auch unabhängig vom Straßenbau nach einem extra

Konzept mit besseren Verknüpfungen erfolgen kann und der Straßenbau nicht durch Radwegkosten zusätzlich belastet wird.

Zuversichtlich bin ich, dass wir die Strecke Heuchlingen-Mögglingen im Jahr 2013 beginnen werden.

Unsere Kreiskliniken sind in die roten Zahlen gerutscht. Die Hauptursache liegt in der nicht funktionierenden Finanzierung des Krankenhauswesens. Da erwürgt uns die verfehlte Gesundheitspolitik in Berlin. Anders macht es – Gott sei Dank – die grün/rote Landesregierung. Im neuen Haushalt ist die Krankenhausfinanzierung des Landes mit einem Plus von 25 Mio. € jährlich ausgestattet. Das kommt auch dem Ostalbkreis zugute!

Ich möchte ausdrücklich hervorheben, dass in unseren Kliniken eine hervorragende medizinische Versorgung gewährleistet wird.

Gerade weil wir diese in Zukunft weiterhin sicherstellen möchten, müssen wir uns intensiv über weitere Schritte unterhalten. Alle drei Kliniken haben insgesamt ein Wirtschaftsvolumen in Höhe von 216 Mio. €. Mit Sorge erfüllt uns die finanzielle Situation dieser Krankenhäuser. Im Wirtschaftsjahr 2012 haben wir ein Defizit in Höhe von 2,4 Mio. € und für 2013 wird von den Klinikleitungen ein weiteres Defizit in Höhe von 1,25 Mio. € erwartet. Wobei wir allerdings nicht sicher sind, inwieweit dieses verringerte Defizit tatsächlich realistisch ist. Wir brauchen dringend einen Plan, um aus dieser Misere herauszukommen.

Einerseits muss der Kreis Druck machen auf Berlin durch eine konzertierte Aktion aller Kliniken in Baden-Württemberg. Herr Landrat, Sie sind gefordert, dazu alles Nötige zu veranlassen.

Zum anderen müssen die Beschlüsse vom Ebnisee und von Ebnat in diesem Jahr umgehend in Angriff genommen werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert:

1. Erhalt aller drei Klinikstandorte im derzeitigen Umfang
2. Überprüfung der Ablauforganisation unter strikter Einbeziehung der Personalräte und der Belegschaft
3. **Keine** weitere Arbeitsverdichtung bei den Beschäftigten
4. Wir wollen eine gute und keine gefährliche Pflege durch zu hohe Belastungen des Pflegepersonals
5. Ausbildungsplatzerhalt auf dem heutigen Stand für die Zukunft

6. Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden 2013
7. Umwandlung aller befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete AV
8. Entwicklung eines Zukunftskonzeptes, damit der Klinikstandort Mutlangen auch zum Magneten für den Stuttgarter Raum wird und damit gut ausgelastet ist.
9. Die SPD steht zu allen beschlossenen Investitionen, um die Nachfrage der Patienten nach unseren Krankenhausleistungen zu garantieren: In Aalen ist es die Fortführung des Neubaus der Frauenklinik, sowie des Zentral-OPs, wie auch das neue medizinische Angebot in der Akutgeriatrie und der geriatrischen Reha. Ebenso stehen in Mutlangen und Ellwangen weitere Investitionen an.

Herr Landrat: Die Kreisverwaltung sollte das Wort „Arbeitsverdichtung“ als „Unwort des Jahres 2012“ vorschlagen. Solche Vorschläge nimmt Prof. Wengeler vom Fachbereich Germanistik an der Universität Trier entgegen.

Dieser Begriff ist zumindest gleichwertig dem Unwort „Anschlussverwendung“ für die Schlecker-Beschäftigten. Wir wollen keine weitere Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten. In den Kliniken und in der Verwaltung.

Die Ausdünnung des Personals hat eine Schmerzgrenze erreicht. Wir brauchen mehr Klinikpersonal, statt das vorhandene noch mehr auszumosten.

Die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan ist ein Hilfeschrei. Wir meinen, wer am Personal spart, spart an der falschen Stelle.

Daher erwarten wir einen den Anforderungen nach oben angepassten Stellenplan.

Die Wachkomaklinik in Bopfingen ist voll ausgelastet! Das ist für unseren Haushalt gut. Trotzdem trägt der Ostalbkreis einen Verlust in Höhe von 156.000 €. Obwohl ausgelastet, also obwohl der Bedarf an Plätzen da ist, zahlt die Pflegekasse nicht kostendeckend. Das macht deutlich, dass der Pflegebereich nach wie vor unterfinanziert ist. Bundesgesundheitsminister Bahr lässt nicht nur unseren Kreis hängen, sondern auch die Betroffenen, deren Angehörige und die Beschäftigten. **Wir brauchen kostendeckende Sätze und die Deckelung muss aufgehoben werden. Eine entsprechende Initiative in Richtung Berlin ist von der Kreisverwaltung ist zu ergreifen.**

Die GOA hat sich zu einem Vorzeigebetrieb entwickelt. Ihr Ansehen in der Öffentlichkeit steigt. Ihre Wertstoffhöfe werden immer besser. Die Gewinnsituation der GOA ist ausgezeichnet. Im Haushalt 2013 ist aus dem Gewinn eine Abführung in den Gebührenhaushalt in Höhe von 1,5 Mio. € eingestellt, die dem Gebührenzahler zu Gute kommt. Leider hat sich im Jahr 2011 bei den Gebühren ein Abmangel in Höhe von 0,8 Mio. € ergeben. 2012 sollte aber kein Defizit entstehen. Wir hatten erwartet, dass für das kommende Jahr ein Spielraum für eine weitere Senkung der Abfallgebühren da ist. Leider geben die inzwischen vorliegenden Zahlen das derzeit nicht her.

Und mit einer Gebührensenkung ein weiteres Defizit zu produzieren, macht keinen Sinn. Obwohl unsere Abfallgebühren vergleichsweise hoch sind, haben wir den Eindruck, dass die Bürger mit dem Leistungsangebot der GOA zufrieden sind und keine Einschränkung wünschen. Was die jährlichen Verbrennungskosten des Landkreises in Höhe von 4,8 Mio. € angeht, erwarten wir, dass sich da etwas bewegt und zwar nach unten.

Die SPD-Kreistagsfraktion stellt den Antrag, die Verwaltung möge prüfen, ob sich für die restliche Vertragslaufzeit mit der Verbrennungsanlage Würzburg der Preis reduzieren lässt.

Unser Büro Euro-Point ist bestens aufgestellt. Wenn die Eurokrise uns keinen Strich durch die Rechnung macht, kann nichts schief gehen und gutes Geld fließt in unseren Kreis. Der Ostalbkreis ist ländlich geprägt und profitiert deutlich durch dieses Förder-management. Die Mannschaft um Frau Hahn und Herrn Fünfgelder machen eine gute Arbeit. Vielen Dank. Machen Sie weiter so!

Wir sehen: Vielfältige Aufgaben beschäftigen uns Kreisräte und -rätinnen. Alles habe ich aus Zeitgründen nicht ansprechen können. Aber für alle Aufgaben wird gutes Personal benötigt. In den vergangenen Jahren haben wir zum Teil massive Personaleinsparungen in fast allen Bereichen der Verwaltung durchgeführt. Dies geschah nicht immer zum Vorteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da diese doch manchmal sehr stark, oft doppelt und dreifach beansprucht wurden. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. In den letzten Wochen konnten wir den Medien entnehmen, Stress und psychische Erkrankungen seien in den Betrieben und Verwaltungen auf dem Vormarsch. Bei allen Sparbemühungen: Solche Entwicklungen beim Personal müssen vermieden werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion dankt allen Beschäftigten des Landratsamtes für ihre gute und engagierte Arbeit.

Einen ganz besonderen Dank spreche ich den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer zahlreichen sozialen Einrichtungen, unserer Krankenhäuser und Eigenbetrieben aus. Ohne sie wäre der Ostalbkreis um vieles ärmer.

Diesen Dank gebe ich gerne auch an die Regierungsbank weiter. Sie haben mit der SPD keinen bequemen, aber **stets** einen verlässlichen Partner. Man könnte sagen wir sind aus Verantwortung unbequem. **Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**